



Berlin Institut
für Partizipation



U18-Beteiligung in der Stadtentwicklung

Sind Schulen der entscheidende Akteur?

Autorinnen: Katrin Alle, Jana Ebeling

Die Autorinnen



Katrin Alle hat Soziologie und Politikwissenschaften an der Universität Konstanz (Bachelor of Arts) und Empirische Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart (Master of Arts) studiert. Seit 2022 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Weeber+Partner in Stuttgart. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind empirische Sozialforschung, Evaluationen, Analysen, Moderation, Beteiligungsverfahren und integrierte Stadtentwicklung.



Jana Ebeling hat Geografie an der Universität Heidelberg (Bachelor of Science) und Universität Münster (Master of Science) studiert und arbeitet seit 2023 bei Weeber+Partner als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Standort Stuttgart. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, die Transformation der Innenstadt, Forschung, Stadtteilmanagement, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligung und Moderation.

Katrin Alle, Jana Ebeling

U18-Beteiligung in der Stadtentwicklung Sind Schulen der entscheidende Akteur?

Junge Menschen haben ein Recht auf Mitgestaltung unserer städtischen Lebensräume. Für den Erfolg von Kinder- und Jugendbeteiligung ist neben der richtigen Methodenwahl die professionelle Begleitung des Beteiligungsprozesses entscheidend. Dabei messen wir den Schulen eine besondere Rolle bei. Anhand eigener Praxisbeispiele aus der U18-Beteiligung in Stadtentwicklungsprozessen stellen wir die Chancen, die in der Kooperation mit Schulen liegen, heraus und zeigen Erfahrungen und Empfehlungen für die Beteiligungspraxis auf.

Wir wollen ein Schwimmbad in der Fußgängerzone! Statt einer Treppe soll es eine Rutsche zur U-Bahn-Station geben! Auf der Straße soll ein neuer Skateplatz entstehen! Die Ideen und Fantasien von Kindern und Jugendlichen sind kreativ und erscheinen teilweise unrealistisch, so dass sie von Erwachsenen oftmals nicht ernst genommen werden. Häufig wird Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung auch als zu kostspielig angesehen und der personelle Aufwand gilt im Verhältnis zum Nutzen als nicht gerechtfertigt (BMVBS 2013: 4). Zudem können sich Stadtentwicklungsprozesse über einen längeren Zeitraum erstrecken, was bei Erwachsenen bereits zu einer Ermüdung in der Beteiligung führen kann. Bei Kindern und Jugendlichen hingegen ändern sich ihre Interessen und Bedürfnisse im Laufe dieser Zeit, was eine kontinuierliche Einbindung zusätzlich erschwert. Daher stellt sich oft die Frage, wie zielführend die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtentwicklung ist. Auch aufgrund von mangelndem Knowhow und dem fehlenden Rückgriff auf erprobte Vorgehensweisen und Methoden reagieren nicht nur Kommunen häufig verhalten beim Thema Kinder- und Jugendbeteiligung.

Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung: Warum überhaupt?

Die Gründe, warum U18-Beteiligung für die Stadtentwicklung so wichtig ist, liegen auf der Hand: Kinder und Jugendliche sammeln demokratische

Erfahrungen, erkennen, dass ihre Meinung zählt, und lernen gesellschaftliches Engagement. Zudem sind sie Expertinnen und Experten in eigener Sache. Nur wenn wir die befragen, die es betrifft, können Fehlplanungen vermieden werden. Darüber hinaus schafft Beteiligung, vor allem in Form der Mitgestaltung zum Beispiel eines Spielplatzes oder eines Unterstandes für Jugendliche, eine höhere Identifikation mit dem gestalteten Ort und kann so Vandalismus vermindern (BMFSFJ 2015: 32 f.; Haury/Willinger 2018: 16 f.).

Der Grundgedanke von Partizipation besteht darin, „dass Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft beeinflussen, mitgestaltet und getroffen werden können“ (BBE 2016: 4). So kann eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Stadtentwicklungsprozessen nicht nur eine höhere Akzeptanz gegenüber Veränderungen oder Neuerungen im öffentlichen Raum schaffen, sondern auch die Identifikation mit ebendiesen fördern. Gerade in der Stadtentwicklung werden Themen behandelt, die nicht nur Erwachsene, sondern primär Kinder und Jugendliche betreffen. So sind Kinder und vor allem Jugendliche wichtige Nutzergruppen des öffentlichen Raumes. Beispielsweise sind sie aufgrund eingeschränkter Möglichkeiten im Individualverkehr stärker auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen und können wichtige Hinweise und Anregungen zu dessen Gestaltung geben. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche häufig noch nicht die Möglichkeit haben oder sich noch nicht in der Lage sehen, sich politisch zu engagieren und so an Entscheidungen

mitzuwirken. So ist auch das Wahlrecht auf 16 oder 18 Jahre beschränkt (BMVBS 2013: 8 ff.).

Werden Kinder und Jugendliche nicht beteiligt, entsteht oft ein Ungleichgewicht, da ein erheblicher Anteil unserer Gesellschaft aus Älteren besteht. Politische Themen sind oft auf die Wählerschaft ausgerichtet. Kinder- und Jugendbeteiligung steigert die Repräsentativität von Bürgerbeteiligungsverfahren und kann dadurch zu einer höheren Qualität kommunaler Planungsprozesse führen. Daher ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche kontinuierlich die Möglichkeit haben, sich an für sie relevanten Themen zu beteiligen. Nur so können sie sich als aktive Mitglieder der Gesellschaft erleben, Verantwortung übernehmen und erste Selbstwirksamkeitserfahrungen sammeln (BMFSFJ 2015: 20 f.).

Aufgrund des Altersunterschieds der Kinder und Jugendlichen und deren unterschiedlichen Interessen muss die Beteiligung alters- und entwicklungsgerecht gestaltet werden. Wichtig ist, immer einen Bezug zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen herzustellen und komplexe Themen entsprechend aufzubereiten (BMFSFJ 2015: 11f.). In diesem Beitrag konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Schulalter.

Strukturelle Verankerung und Beteiligungskompetenzen: Warum brauchen wir die Schulen?

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen liegen auf allen Ebenen rechtliche Grundlagen vor – von der europäischen über die nationale, bis hin zur Länder- und Gemeindeebene. Der Grundgedanke an Mitbestimmung und Mitgestaltung ist u. a. im SGB VIII und in Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention verankert. Dieser sichert Kindern das Recht zu, ihre „Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern“ und, dass diese angemessen berücksichtigt wird. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist daher eine wichtige und verpflichtende kommunale Angelegenheit (Roth 2022: 1).

Einige Städte und Gemeinden, wie zum Beispiel die Landeshauptstadt Stuttgart, haben Instrumentarien wie Kinderforen oder Standardverfahren entwickelt,

um Kinder und Jugendliche beispielsweise bei der Erstellung oder Sanierung von Spiel- und Bewegungsflächen zu beteiligen. Dennoch gibt es bislang in der Stadtentwicklung kaum Standards oder erprobte Instrumentarien für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie bei der Kooperation mit Schulen in der Stadtentwicklung. Dies liegt auch daran, dass Prozesse in der Stadtplanung, Stadtentwicklung und Sanierung vielfältig sind und sich zum Teil über mehrere Jahre hinziehen. Das verkompliziert ein Standardverfahren zur Kinder- und Jugendbeteiligung (Haury/Willinger 2018: 16 ff.; Landeshauptstadt Stuttgart 2022: 1 ff.). Somit stehen Kommunen oder einzelne Personen vor vielen Herausforderungen, wenn es darum geht, qualitätsvolle Kinder- und Jugendbeteiligung zu planen und umzusetzen.

Eine erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Stadtentwicklungsprozess hängt von einer Vielzahl von Akteuren ab, die den Beteiligungsprozess gestalten. Aufgrund ihrer Kompetenzen, Zuständigkeiten und Befugnisse sind dies unter anderem die Stadtpolitik, verschiedene Ämter, Einrichtungen und Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendbildung sowie Expertinnen und Experten für Kinder- und Jugendbeteiligung wie zum Beispiel private Planungsbüros (BMVBS 2013: 10).

Insbesondere die Schulen haben einen Zugang zur Zielgruppe. Während bei bestehenden Beteiligungsverfahren ohne die Schulen die Zugangshürden für einige Kinder und Jugendliche zu hoch sind und diese somit ausgeschlossen werden, können aufgrund der Schulpflicht alle Kinder und Jugendlichen einer Jahrgangsstufe erreicht werden. Die beteiligte Gruppe ist somit heterogener und spiegelt damit eher ein breites Spektrum von Meinungen wider. Gerade für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung ist es besonders entscheidend, einen Querschnitt an Kindern und Jugendlichen innerhalb der Gesellschaft zu erreichen. Zudem ist politische Bildung auch Aufgabe der Schulen. Somit kann der Einbezug der Schülerinnen und Schüler in Form der konkreten Beteiligung im Stadtentwicklungsprozess nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Schulen als Chance genutzt werden, um Demokratie praktisch zu lehren. Menschen, die in ihrer Kindheit positive Erfahrungen mit Mitsprache und Selbstwirksamkeit erfahren ha-

ben, neigen auch in ihrem späteren Leben dazu, sich zu engagieren (Deutsches Kinderhilfswerk e.V. 2007). Pädagogisches Wissen und Können ermöglichen es, Beteiligungsansätze theoretisch wie praktisch in den Unterricht zu integrieren (BMFSFJ 2015: 22f). Diese Potenziale der Schulen werden bislang zu wenig genutzt.

Best-Practice: Kinder- und Jugendbeteiligung in Kooperation mit Schulen!

Im Folgenden stellen wir drei Beispiele aus unserer Praxis von U18-Beteiligung vor, bei denen Schulen in unterschiedlicher Art und Weise einbezogen wurden. Als Institut für Stadtplanung und Sozialforschung haben wir im Rahmen zahlreicher Stadtentwicklungskonzepte und des Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ vielfältige Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Schulen, anderen Bildungseinrichtungen und der Jugendarbeit in Stadtentwicklungsprozessen gesammelt (Weeber+Partner 2024). Die ausgewählten Beispiele verdeutlichen den Mehrwert für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der mit der Einbindung der Schulen einherging.

Stadtentwicklungsprozess mitgestalten – Klassenlehrerstunde und Jugendkonferenz in Rutesheim

Kontext und Zielsetzung: Im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans (STEP) für Rutesheim hat der Gemeinderat beschlossen, Jugendliche intensiv zu beteiligen. Dabei sollten nicht nur die in Rutesheim lebenden Jugendlichen, sondern alle Schülerinnen und Schüler der drei ortsansässigen Schulen – der Werkrealschule, der Realschule und dem Gymnasium – die Möglichkeit erhalten, sich in den Stadtentwicklungsprozess einzubringen. Ziel der Jugendbeteiligung im Jahr 2021 war es, neben der Erfassung der Perspektive der Jugendlichen auch das Bewusstsein der Jugendlichen für Partizipation zu stärken (Weeber+Partner 2021: 5 ff.).

Format und Methode: Durch eine Jugendkonferenz und eine vorbereitende Klassenlehrerstunde als Unterrichtseinheit in insgesamt 68 Klassen der Jahr-

gangsstufen 5 bis 12 wurden Themen und Orte gesammelt, die für die Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg, in der Mittagspause oder in der Freizeit von Bedeutung sind. Die Klassenlehrerinnen und -lehrer konnten die Einheit flexibel im Zeitraum von zwei Monaten in den Schulalltag integrieren. Die Klassenlehrerstunde gliederte sich in drei Teile: Einen Informationsteil zum Stadtentwicklungsplan Rutesheim in Form eines Erklärvideos, eine Einzelarbeitsphase zu den Stärken und Schwächen von Rutesheim sowie eine Gruppenarbeitsphase zu den Themen Schulalltag, Wohnen, Freizeit und Stadt der Zukunft. Die Schülerinnen und Schüler hielten ihre Ergebnisse auf Arbeitsblättern fest. An der anschließenden Jugendkonferenz nahmen 39 Schülerinnen und Schüler in Vertretung ihrer Klassen und Jahrgangsstufen teil. Zu Beginn wurden die Ergebnisse der Klassenlehrerstunden vorgestellt, welche gleichzeitig die Grundlage für die Gruppenarbeitsphasen bildeten. Die Schülerinnen und Schüler überlegten, welche Aspekte wichtig sind, damit Jugendliche sich an einem Ort wohlfühlen. Anschließend entwickelten sie Ideen, wie Rutesheim jugendfreundlicher gestaltet werden kann. Die Bürgermeisterin half, die Gedanken der Jugendlichen einzuordnen und die Machbarkeit aufzuzeigen. Die Gruppenarbeitsphase erfolgte nach Altersgruppen und die Methodik wurde entsprechend angepasst. Drei Schülerinnen und Schüler stellten die Ergebnisse der Jugendkonferenz in der Zukunftswerkstatt interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor.

Akteure und deren Aufgaben: Die Rahmenbedingungen der Beteiligung sowie das Konzept für die Klassenlehrerstunde mit detailliertem Ablauf und Arbeitsanweisungen erarbeiteten wir gemeinsam mit der Stadtverwaltung, dem Jugendreferat der Stadt Rutesheim sowie in Absprache mit den Schulleitungen der drei Schulen. Die Inhalte der Unterrichtseinheit haben wir vorbereitet und altersentsprechend angepasst. Über die Schulleitungen der drei ortsansässigen Schulen erfolgte der Kontakt zu den Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern, die die Unterrichtseinheiten übernahmen. An der Jugendkonferenz waren neben den Schülerinnen und Schülern auch Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, des Jugendreferats, der Schulsozialarbeit sowie eine Lehrkraft beteiligt.

Gendersensible Stadtplanung – Mädchenbefragung in Waldäuser-Ost, Tübingen

Kontext und Zielsetzung: Im Jahr 2019 wurde der Tübinger Stadtteil Waldhäuser-Ost (WHO) in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt – jetzt Sozialer Zusammenhalt – aufgenommen. Mit dem Ziel, ein Konzept für die räumliche Entwicklung von WHO zu erhalten, wurde von 2020 bis 2023 unter intensiver Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner ein Rahmenplan entwickelt. Bestandteil hiervon ist unter anderem das Teilprojekt Aktiv und Bewegungsflächen am Holderfeld. Das Holderfeld zeichnet sich durch eine vielfältige Vereinslandschaft und weitläufige Sportflächen aus. Als Ergänzung soll ein offenes Sport- und Bewegungsangebot geschaffen werden, das auch vereinsunabhängig genutzt werden kann. Besonders wichtig war, den Freiraum gendersensibel zu planen, da sich Mädchen aufgrund eines komplexen Zusammenspiels von räumlichen und sozialen Faktoren deutlich seltener in öffentlichen Parks aufhalten als Jungen und sich dieses Phänomen verschärft, wenn ein Mangel an geeigneten Spiel- und Bewegungsangeboten vorliegt (Stadt Wien (o. J.): 1). Hierzu sollten insbesondere die Bedürfnisse von Mädchen erfasst werden. Zudem ging es darum, generationenübergreifende Angebote zu schaffen, um Begegnungen zu fördern und um den Stadtteil gesundheits- und bewegungsfördernd zu gestalten (Weeber+Partner 2022).

Format und Methode: Zur Klärung der Interessen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger an die Gestaltung der Aktiv- und Bewegungsflächen am Holderfeld wurden sowohl ein Vorabgespräch mit ausgewählten Einrichtungen, eine Online-Befragung aller Bewohnerinnen und Bewohner von WHO als auch ein Aktionssachmittag am Holderfeld durchgeführt. Zusätzlich wurde eine Mädchenbefragung durchgeführt. Diese erfolgte in Kooperation mit der ortsansässigen Geschwister-Scholl-Schule, einem Schulverbund aus einem Gymnasium und einer Gemeinschaftsschule. Insgesamt nahmen 266 Schülerinnen im Alter von 11 bis 17 Jahren an der Befragung teil. Um ausschließlich die Mädchen zu erreichen, wurde die Paper-Pencil-Befragung im Rahmen des Sportunterrichts

durchgeführt, da hier bereits eine Geschlechtertrennung besteht.

Akteure und Organisation: Der Kontakt zwischen dem Team Soziale Stadt und der Geschwister-Scholl-Schule lief über die Abteilungsleiterin des Gymnasiums. Diese übernahm wiederum die Koordination mit den Sportlehrerinnen und -lehrern. Die Arbeitsblätter wurden in Absprache mit der Schulleitung des Schulverbunds sowie mit der Abteilungsleiterin des Gymnasiums erstellt.

Gestaltung einer Grün- und Spielfläche – aktive Kinderbeteiligung in Stuttgart

Kontext und Zielsetzung: Ein Teil des Stadtbezirks Stuttgart-Münster wurde 2017 in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Ein Ziel ist es, die Grün- und Aufenthaltsflächen im Stadtbezirk aufzuwerten. Unter anderem wurde die bestehende Grünfläche „Alter Friedhof“ mit einem Spielplatz zu einem Park für alle Generationen umgestaltet.

Format und Methode: Um die Ideen und Meinungen aus der Bevölkerung in das Konzept für die Umgestaltung einfließen zu lassen, fand eine Beteiligung in unterschiedlichen Formaten statt. Da sich die Freifläche in unmittelbarer Nähe der Elise-von-König-Gemeinschaftsschule befindet, wurden unter anderem Schülerinnen und Schüler aus sechs Grundschulklassen (Klasse 1 bis 3) einbezogen. Im Unterricht konnten die Schülerinnen und Schüler auf Arbeitsblättern mit Fotos der bestehenden Fläche ihre kreativen Ideen zur Umgestaltung malen und skizzieren sowie ihre Wünsche schriftlich äußern. Die Skizzen der Schülerinnen und Schüler wurden im Stadtteilbüro sowie bei einem weiteren Beteiligungsbaustein in Form einer Mini-Rallye ausgestellt, an der weitere Kinder und auch Erwachsene aus dem Stadtbezirk teilnehmen konnten. Nach der Fertigstellung der Grün- und Spielfläche fand im Herbst 2023 an mehreren Tagen eine Mitmachbaustelle mit Kindern der Elise-von-König-Gemeinschaftsschule sowie der Kindergärten und des Kinder- und Jugendtreffs aus Stuttgart-Münster statt. Dabei konnten die insgesamt 60 Kinder einen Stangenwald nach ihren Wünschen und Vorstellungen bemalen.

Akteure und Initiierung: Der Kontakt zwischen uns – dem Stadtteilmanagement –, der Elise-von-König-Gemeinschaftsschule, den Kindergärten und dem Kinder- und Jugendtreff in Stuttgart-Münster besteht über den Arbeitskreis „Kinder, Jugendliche und Familie“. Vertreterinnen und Vertreter dieser und noch weiterer Einrichtungen treffen sich circa viermal im Jahr, um sich auszutauschen und gemeinsame Aktionen und Projekte zu planen oder über diese abzustimmen.

Learnings: Erfahrungen und Empfehlungen aus der Praxis

Die Beteiligungspraxis zeigt, dass die Zusammenarbeit mit Schulen einen Unterschied in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen machen kann.

- Schulen sind die Türöffner zur Zielgruppe: Das gilt insbesondere im Hinblick auf das Erreichen und Aktivieren der Zielgruppe, was auch in der herkömmlichen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern herausfordernd ist. Um die Herausforderungen geringe Resonanz, soziale Selektivität, Dominanz lautstarker Vertreterinnen und Vertreter zu adressieren, spielen die Schulen eine entscheidende Rolle. Über die Schulen kann eine breite Gruppe von Kindern und Jugendlichen erreicht werden, ohne dass Zugangshürden wie Zeit, persönliches Interesse und Engagement, sozialer Hintergrund und familiäre Situation im Weg stehen. Dies gilt insbesondere für Grundschul-kinder, wie das oben beschriebene Beispiel in Stuttgart-Münster darlegt. In dieser Altersgruppe hängt die Teilnahme an Beteiligungsveranstaltungen, anders als bei älteren Jugendlichen, stark davon ab, ob die Eltern dies unterstützen oder ermöglichen wollen. Es kann sogar vorkommen, dass die Eltern durch die Beteiligung der Kinder erreicht werden. Die Kinder berichten zu Hause von ihren Erlebnissen und manchmal beteiligen sich die Eltern sogar selbst an den Aktionen, wie zum Beispiel beim Bemalen der Holzstangen auf dem Spielplatz in Stuttgart-Münster, und setzen sich so mit den Themen auseinander.
- Inklusion und gute Repräsentation – Qualitätskriterien der Beteiligung können über Schulen gesichert werden: Durch die Einbeziehung verschiedener Klassenstufen sind unterschiedliche Altersgruppen in ähnlichen Anteilen repräsentiert. Abgesehen von der ausgewogenen Zusammensetzung der Beteiligten im Sinne der Repräsentativität können, wie im Beispiel des Stadtentwicklungsprozesses in Rutesheim, relativ viele oder gar alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen erreicht werden: 68 Klassen der Jahrgangsstufen 5 bis 12 und damit weit über 1500 Schülerinnen und Schüler wurden angeregt, sich mit dem Beteiligungsprozess an sich sowie inhaltlichen Ideen auseinanderzusetzen. Das ermöglicht vielen jungen Menschen, Mitsprache und Selbstwirksamkeit sowie demokratisches Lernen zu erfahren.
- System Schule geschickt für gendersensible Stadtplanung nutzen: Im Sinne der „Stadt für alle“ rückt das sogenannte Gender Planning zunehmend ins Bewusstsein. Diese erfordert eine genaue Analyse der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, einer in der Stadtplanung oft vernachlässigten Gruppe (Dellenbaugh-Losse 2024). Herkömmliche Beteiligungsformate müssen sich entsprechend anpassen, so geschehen beispielsweise in Tübingen, im Stadtteil Waldäuser-Ost. Hier bot der Weg über die Schulen eine gute Methode, gezielt Mädchen zu befragen. Dies wurde im Rahmen des koedukativen Sportunterrichts organisiert. Die Mädchen befanden sich in einem geschützten Raum und für die Gruppe der Jungs entstand kein Gefühl von Ausgrenzung. Über alle Jahrgangsstufen konnten die Vorstellungen und Bedürfnisse einer großen Gruppe ermittelt werden – eine gute Grundlage für die Gestaltung eines mädchengerechten Freiraumangebots auf dem Holderfeld.
- U18-Beteiligung im Schulkontext ist niederschwellig und verbindlich: Eine Beteiligung im Schulkontext, insbesondere im Rahmen des Unterrichts, ist niederschwellig. Kinder und Jugendliche verbringen ohnehin einen Großteil ihres Tages in der Schule. Ihre Beteiligung ist daher für sie mit geringem bis keinem Mehraufwand verbunden. Es entsteht für die Schülerinnen und Schüler kein wahrgenommener Zeitverlust. Der gewohnte Ort und die Anwesenheit von bekann-

ten Lehrpersonen können Vertrauen und Verbindlichkeit in Bezug auf das Vorgehen schaffen. Gerade bei jüngeren Kindern – wie im Beispiel Stuttgart-Münster – wirkt sich dies positiv auf den Prozess aus. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrkräften ermöglicht es zudem den „richtigen“ Zeitpunkt für die Beteiligung im Schulalltag zu finden, zum Beispiel indem Prüfungszeiten berücksichtigt werden. So konnten im Beispiel Rutesheim die Lehrerinnen und Lehrer ihre Klassenlehrerstunde flexibel terminieren.

- Alters- und Zielgruppengerechtigkeit lassen sich gut umsetzen: Organisierende des Beteiligungsprozesses und Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer können bei der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung voneinander profitieren. Einerseits ist das pädagogische und didaktische Wissen der Lehrkräfte entscheidend, um die teils komplexen Themen der Stadtentwicklung altersgerecht aufzubereiten und zu vermitteln. Andererseits liefern die Inhalte aus der Stadtentwicklung den Lehrerinnen und Lehrern konkrete Beispiele für Unterrichtseinheiten. Stimmen sich die Beteiligten – wie für die Klassenlehrerstunde in Rutesheim – eng ab, kann der Beteiligungsprozess auch von der Schule als Chance und Vorteil und weniger als zusätzliche Anforderung aufgefasst werden.
- Politischer Gestaltungswille ist ausschlaggebend: Beteiligungsverfahren kosten – direkt und indirekt: direkte Kosten für Miete, Moderation etc., indirekt anfallende Kosten für Arbeitszeit, Arbeitskraft und Engagement. Wirksame Beteiligung braucht entsprechende Rahmenbedingungen. Dazu gehören der politische Wille und die Unterstützung der administrativen Leitungsebenen (BMVBS 2013: 9). Die breit angelegte Kinder- und Jugendbeteiligung in Rutesheim wäre ohne den entscheidenden politischen Willen des Gemeinderats und einen entsprechenden Beschluss nicht in dieser Intensität durchgeführt worden. Wichtig war auch, nicht nur in Rutesheim, ein Bekenntnis der Stadtspitze zum Verfahren und die Teilnahme an Veranstaltungen, um den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass ihre Meinung wichtig ist und gehört wird. Entscheidend ist hierbei, dass nicht nur Hoffnungen geweckt

werden. Nach der Devise „Mitwirkung braucht Wirkung!“ müssen im Prozess erarbeitete Ideen eine reelle Chance auf Umsetzung haben. Sonst drohen ein Vertrauensverlust und ein Verdruss an künftigen Beteiligungsmöglichkeiten.

- Akteursvielfalt, formelle wie informelle Netzwerke und das Engagement von Schlüsselpersonen sind entscheidend: Unsere Erfahrung zeigt, dass die Frage, ob überhaupt eine Kooperation mit Schulen stattfindet, oft von Schlüsselpersonen abhängt – etwa einer Bürgermeisterin oder einzelnen engagierten Personen, wie einer Schulleitung und deren Netzwerk. Persönliche Kontakte und Vertrauen begünstigen die Zusammenarbeit der maßgeblichen Akteure. Auf Dauer angelegte Arbeitskreise wie im Beispiel Stuttgart-Münster mit Vertreterinnen und Vertretern von Schulen, Kindergärten, Kinder- und Jugendtreffs und weiteren Einrichtungen ermöglichen einen regelmäßigen direkten Austausch, den Aufbau von Vertrauen und eine schnelle Umsetzung von Beteiligungsformaten. Schulen sind eher bereit mitzuwirken, wenn bereits ein Kontakt besteht. Innerhalb der kommunalen Verwaltung müssen Kompetenzen aufgebaut werden. Es bedarf einer stärkeren verwaltungsinternen Vernetzung und einer ämter- und fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit (BMVBS 2013: 9f). Die Attraktivität und Qualität der U18-Beteiligung können durch die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure mit ihren jeweiligen Kompetenzen (Verwaltung, Jugendämter, Träger der Jugendarbeit, Vereine) gesteigert werden. Das betrifft insbesondere die Initiation und die Planung des Beteiligungsprozesses. Bei der konkreten Erarbeitung von Inhalten für die Beteiligung und der praktischen Durchführung ist insbesondere die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Stadtplanerinnen und Stadtplanern und pädagogischem Personal an den Schulen gefragt.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Kinder und Jugendliche sind ernstzunehmende Nutzerinnen und Nutzer der Stadt. Für ihre Entwicklung und Entfaltung brauchen sie etwa gute Mobilitätsmöglichkeiten, Spielbereiche und öffentliche Freiräu-

me, um sich auch unbeaufsichtigt treffen und bewegen zu können. Es gehört zu ihren Grundbedürfnissen, sich Räume anzueignen. Neben weiteren Bereichen der Stadtentwicklung ist es notwendig, qualitätsvolle Freiräume zu planen und zu schaffen. Dafür braucht es die Perspektive der Kinder und Jugendlichen. Sie sind Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt und sollten strategisch in eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung einbezogen werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entspricht zudem unserem demokratischen Verständnis und Anspruch von Partizipation und Mitwirkung.

Gute U18-Beteiligung ist eine Herausforderung. In der Praxis stößt man häufig auf Einwände und Vorbehalte in den Kommunen. Es gibt kaum erprobte Instrumentarien und bereits formulierte Standards finden wenig Anwendung in der Praxis (BMFSFJ 2015; BMFSFJ 2023). Hierfür sind mehr oder weniger institutionalisierte Netzwerke der wichtigsten Akteure, wie Stadtverwaltungen, Jugendämter, Träger der Jugendarbeit oder Vereine, gefragt, die auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind. Dazu gehören insbesondere auch die Schulen. Doch gerade dort sind besonders wenig Erfahrung und konkrete Ansprechpartner zu finden. Dabei liegt gerade in der Zusammenarbeit ein großes Potenzial für eine gute Kinder- und Jugendbeteiligung, das bisher viel zu wenig ausgeschöpft wird. Ihre Einbeziehung kann entscheidend zur Qualität der Beteiligung beitragen. Oft wird dies jedoch nicht genutzt. Schulen sind häufig ohnehin mit vielfältigen Anforderungen überfrachtet.

Wir haben gezeigt, dass es sich lohnt, gezielt auf Schulen als Türöffner zur Zielgruppe zu setzen. Nicht nur vor dem Hintergrund der Schulpflicht sowie des Ausbaus von Ganztageschulen und der damit verbundenen Reduzierung der individuellen Freizeit der Schülerinnen und Schüler sind sie der entscheidende Zugang zur Zielgruppe. Auch im Hinblick auf die Repräsentativität der Zielgruppe stellen sie einen Gewinn dar. Für die Schulen selbst kann eine stärkere Verankerung von Beteiligungsprozessen, theoretisch wie praktisch, in den Curricula eine Chance sein, Beteiligung in den Schulalltag zu integrieren. In Kombination mit der pädagogischen Expertise der Lehrkräfte, über die die Planenden oder die Stadtverwaltung weniger verfügt, entsteht eine Win-Win-Situation. ■

Literatur

BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.)(2016): Leitfaden Jugendbeteiligung in Kommunen. Grundlagen für den Aufbau von Jugendforen für Demokratie, Berlin.

BMFSFJ, Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)(2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommune, Kinder und Jugendarbeit und Erzieherische Hilfen, Berlin.

BMFSFJ, Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)(2023): Qualitätsstandards für Kinder & Jugendbeteiligung. Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis, Berlin.

BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.)(2013): Kompass Jugendliche und Stadtentwicklung, Bonn.

Dellenbaugh-Losse, Mary (2024): Gendergerechte Stadtentwicklung. Wie wir eine Stadt für alle bauen, Wiesbaden: Springer.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.)(2007): Vita gesellschaftlichen Engagements – Eine Studie zum Zusammengang zwischen früherer Beteiligung und Engagement bis ins Erwachsenenalter, Berlin.

Haury, Stephanie/Willinger, Stephan (2018): Young energies. Stadtforschung mit jungen Stadtmachern, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 2/2018, S. 13–19.

Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.)(2022): Gesamtkonzept Kinderbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart.

Ipb, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.)(2019): Studie Kommunale Kinder und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018, Stuttgart.

Roth, Roland (2022): Warum Kinder und Jugendbeteiligung für Kommunen unverzichtbar ist! Kinderfreundliche Kommunen e.V. https://www.kinderfreundlichekommunen.de/fileadmin/kfkfiles/FOTOS/Fachportal/221118_Warum_Kinder_und_Jugendbeteiligung_fuer_Kommunen_unverzichtbar_ist.pdf (Zugriff am 09.10.2024).

Stadt Wien, Magistratsabteilung 42 (Hrsg.)(o.J.): Planungsempfehlungen zur geschlechtssensiblen Gestaltung von öffentlichen Parkanlagen, Wien.

Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (2021): STEP Rutesheim. Fortschreibung Stadtentwicklungsplan (STEP) der Stadt Rutesheim. Stuttgart.

Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (2024): Referenzen. Unser Institut hat über 50 Jahre Erfahrung. <https://www.weeberpartner.de/referenzen/> (Zugriff am 22.10.2024).

Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (2022): Beteiligung zu Aktiv und Bewegungsflächen am Holderfeld. Dokumentation. Stuttgart.

Herausgeber:

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 120 826 13
kontakt@bipar.de

www.bipar.de

Verantwortlich:

Jörg Sommer, Direktor

Bildquellen:

Max Fischer (Titelbild)

Redaktionshinweis:

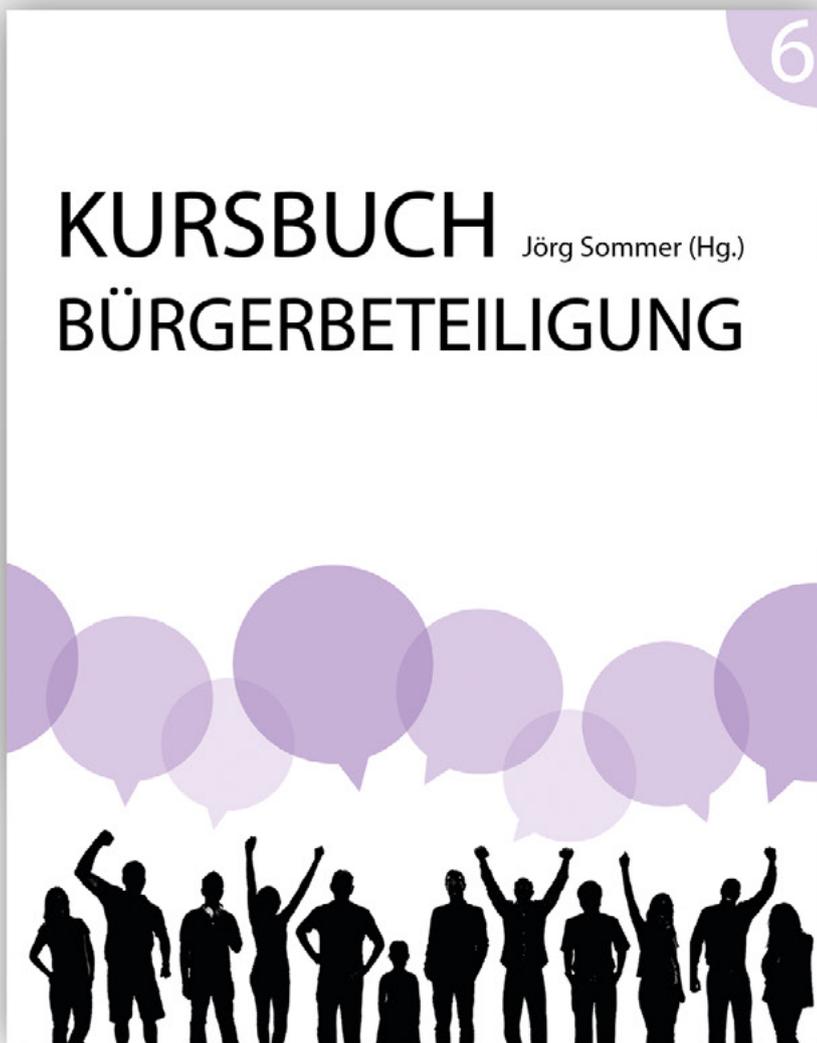
Die in dieser Publikation formulierten Positionen geben nicht zwangsläufig in allen Punkten die Meinung des Herausgebers wieder.

Dieser Beitrag wird im Kursbuch Bürgerbeteiligung #6 veröffentlicht.

ISBN: 978-3942466-66-0

© April 2025, Berlin Institut für Partizipation

KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG



Erscheint im
Juni 2025

Jörg Sommer (Hg.)

KURSBUCH

BÜRGERBETEILIGUNG #6

www.kursbuch.info

Eine Publikation des

RepublikVerlag

Hier mehr erfahren!

